

Beck kommt zu Jusos nach Wolfsburg

Führungswechsel bei Bundeskongress ab Freitag – SPD-Nachwuchs: Mit Doppelstrategie Bündnisse suchen

Von Christian Kerl

WOLFSBURG. Vier Wochen nach dem SPD-Parteitag stellt sich die Führungsriege der Sozialdemokraten in Wolfsburg dem Parteinachwuchs: Beim Juso-Bundeskongress am Wochenende erwartet sie viel Kritik an der Regierung, aber Anerkennung für den neuen SPD-Kurs.

Im Leitantrag lässt der Parteinachwuchs seinem Unmut noch offen Lauf: Die Frustration nehme zu, weil das SPD-Regierungshandeln "oftmals nicht unseren Vorstellungen von sozialdemokratischer Politik entspricht", klagt der Vorstand.

Doch wenn in Wolfsburg an den drei Tagen Parteichef Kurt Beck und seine Stellvertreter Frank-Walter Steinmeier und Andrea Nahles vor den 300 Delegierten reden, ist die offen artikuliert "Enttäuschung" wohl etwas gemildert: Dass sich die Stimmung in der SPD nach dem Hamburger Parteitag gebessert habe, werde der Kongress zeigen, sagt der Vorsitzende des Juso-Bezirks Braunschweig, Jan Schwarz.

Die SPD habe den Willen zu mehr sozialen Reformen gezeigt, "klare Kante" zur CDU gezogen, lobt Schwarz. Der 25-jährige Jura-Student aus Weyhausen (Kreis Gifhorn) kandidiert auf dem Kongress als stellvertretender Juso-Bundesvorsitzender – mit guten Chancen.

Einzigste Bewerberin für den Vorsitz ist die 27-jährige Franziska Drohsel, die bereits den Landesverband Berlin führt. Die Juristin will Björn Böhning ablösen, der inzwischen enger Mitarbeiter von Klaus Wowereit ist und nicht mehr für das Amt antritt. Sie sieht den Verband in einer schwierigen Situation: Die Mitgliederzahl steige zwar auf jetzt 78 000, doch würden die Jusos für eine Regierungspolitik in Haftung genommen, die immer weniger ihren Vorstellungen entspreche.

So steht Drohsel für die Wiederbelebung einer alten Strategie des SPD-Nachwuchses, die den Verband auch nach links rücken könnte: Stärker als bisher sollen sich die Jusos nicht nur innerparteilich engagieren, sondern das Bündnis mit der gesellschaftlichen Linken von Globalisierungskritikern bis zu antifaschistischen Gruppen suchen, um Druck auf die Mutterpartei zu machen. Von einer "aktiven Demopolitik" ist die Rede. Die "Doppelstrategie 2.0" müsse das zentrale Projekt werden, erklärt Drohsel.

Inhaltlich wird es vor allem um das Thema "Gute Arbeit" gehen – mit Forderungen nach einem Recht auf Arbeit, Arbeitszeitverkürzung und Mindestlohn. Der Bezirksverband Braunschweig ist für die Debatte gerüstet: Er verlangt in Anträgen unter anderem Initiativen für einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 7,50 Euro.